

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshol, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 286

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzangelegenheiten u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto.

Halver
Montag, den 7. Dezember

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1931

Hitler und das Ausland

Gegen Frankreich

und den Kommunismus.

Hitler vor der englischen und amerikanischen Presse.

Die gesamte Londoner Presse bringt in großer Aufmerksamkeit eine Unterredung Hitlers mit Vertretern der englischen und amerikanischen Presse, die er im Hotel Kaiserhof in Berlin empfing.

Hitler beschäftigte sich zunächst mit dem Hossendokument und erklärte, sein Wille sei in der Partei allein maßgebend. Er denke nicht daran, in letzter Minute die Grundsätze der Legalität über Bord zu werfen, an denen er seit jeher festgehalten habe. Dies sei auch gar nicht nötig. Es unterliege keinem Zweifel, daß die Partei bald zur Macht kommen werde, vielleicht schon in diesem oder im nächsten Monat, vielleicht auch erst in fünf oder zehn Monaten.

Hitler sprach sich dann über die kommunistische Gefahr in Deutschland aus, die zum Teil das Hossendokument erkläre. Die meisten Menschen hätten noch nicht die geringste Vorstellung von der

Ungeheuerlichkeit der kommunistischen Gefahr

und den Kampforganisationen der Kommunisten, die alles hinweglegen und damit neue Tatsachen schaffen wollten. Er könne daher nicht einzelnen Mitgliedern seiner Partei verbieten, über die kommunistische Gefahr nachzudenken; aber es sei eine Unversämtheit, die Gedanken in Form eines Dokumentes niederzulegen.

Hitler erklärte die Verbitterung und die Kampfesentschlossenheit seiner Anhänger mit dem fortgesetzten Kleinkrieg der Kommunisten, durch den die Nationalsozialisten in diesem Jahre 5000 Verwundete und viele Tote verloren hätten. Die Entscheidungsschlacht gegen den Bolschewismus werde in Deutschland ausgefochten werden. Die Nationalsozialisten fühlten, daß es ihre Aufgabe sei, diesen Kampf für die ganze Welt zu gewinnen, und sie würden ihn gewinnen.

Hierauf ging Hitler auf

die Frage der Kriegsschulden und Tribute ein. Die Nationalsozialisten werden die Privatschulden anerkennen, aber sie weigerten sich ganz energisch, sich politischen Expressionen zu unterwerfen. Alles hänge davon ab, ob die Welt Frankreich erlauben werde, auf der Priorität der politischen Forderungen zu bestehen. Es handele sich hierbei nicht darum, ob man wolle, sondern darum, ob man könne. Die Tribute seien Wahnsinn. Die Welt werde um der politischen Forderungen Frankreichs willen zugrunde gerichtet. Die Welt müsse entscheiden, ob Frankreich mit seinem großen Heer und seiner militärischen Macht weiterhin

der politische Steuerintreiber Europas bleiben solle oder ob es Frieden und Wohlfahrt haben wolle. Mit einer einzigen Ausnahme seien die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und seinen früheren Feinden wiederhergestellt, aber

Einigungsversuche müßten von Frankreich kommen und seien so lange unmöglich, solange Frankreich die 65 Millionen Deutsche noch als eine zweiklassige Nation betrachtete.

Kurze politische Nachrichten.

Die französische Regierung hat bekanntlich die Einfuhr aus Ländern, in denen eine Devisenkontrolle besteht, von einer Einfuhrgenehmigung abhängig gemacht. Sie hat jedoch wissen lassen, daß Frankreich sich durch die in Deutschland bestehende Devisenkontrolle in dieser Beziehung nicht behindert fühle, so daß also Einfuhrgenehmigungen für deutsche Ausfuhrwaren nach Frankreich nicht in Frage kommen.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie tritt für eine Ermäßigung der Postgebühren ein. Er halte es für richtig, grundsätzlich zu den Tarifen der Vorkriegszeit zurückzukehren. U. a. gehöre dazu die Wiedereinführung des 10-Pfennig-Portos für den gewöhnlichen Brief, eine erhebliche Ermäßigung des Drucksachenportos und eine Ermäßigung der Telephongebühren.

Die Französische Kammer schloß die artikelweise Lesung der Gesetzesvorlage über die nationale Ausrüstung ab. U. a. wurden bewilligt: 400 Millionen Franc für Zwecke der Volksgesundheit, 360 Millionen für Sonderzwecke des Landwirtschaftsministeriums, 1215 Millionen für öffentliche Arbeiten, 25 Millionen für die Handelsmarine und 177 Millionen Franc für die Luftfahrt. Die Gesamtsumme der Ausgaben erhöht sich auf 3476 Millionen Franc.

Die neue Notverordnung fertig.

Die Arbeiten des Reichskabinetts praktisch beendet.

Das Kabinett beendete seine Beratungen über die neue Notverordnungsprogramm. Am Sonntag wurden die letzten redaktionellen Arbeiten abgeschlossen. Die Unterzeichnung der Notverordnung wird wahrscheinlich am Montag und ihre Veröffentlichung am Dienstag erfolgen.

Die kommende Abrüstungskonferenz werde der Beweis für den gesunden Menschenverstand der ganzen Welt sein. Wenn man erlaube, daß Frankreich seine Rüstungen auf der bisherigen Höhe behielte, die gänzlich unnötig für seine Sicherheit seien, dann würde dies bedeuten, daß die ganze Welt tatsächlich die Fortsetzung der französischen Vormachtstellung wünsche. Hitler wies dann darauf hin, daß

seine Partei eine neue Generation

darstelle. Sie sei nicht verantwortlich für den Friedensvertrag von Versailles und sie würde auch keine Verträge anerkennen, die Deutschland nicht erfüllen könne. Er werde nicht einen Vertrag um 11 Uhr unterzeichnen, um dann um 11.45 Uhr mit Klagen anzufangen, daß er ihn nicht ausführen könne. Auf verschiedene Fragen äußerte Hitler sich dann über

die Wirtschaftspolitik.

Er stellte dabei folgende Forderungen auf: 1. Rücksichtslose Herabsetzung des großen Verwaltungsapparats in Deutschland; 2. rücksichtslose Drosselung der Einfuhr und 3. Beseitigung aller politischen Verpflichtungen. Hitler schloß mit dem Satz: „Deutschland ist nicht Karthago, und Frankreich ist nicht Rom!“

Frankreich und Amerika zur Erklärung Hitlers.

Die französischen Blätter beschäftigen sich in diesen Tagen sehr eingehend mit der Lage in Deutschland und besprechen natürlich auch die Erklärung Hitlers vor den Vertretern der ausländischen Presse in Berlin. Die Pariser Blätter sehen Deutschland in einem Zustand äußerster Nervosität und halten die Lage des Kabinetts Brünning für sehr unsicher. Ein Blatt meint jedoch, daß die Nationalsozialisten nicht vor dem Frühjahr aus Ruder kommen würden. Ein englischer Journalist in Paris berichtet seinem Blatt in London, daß man in Frankreich mit der Möglichkeit eines baldigen Regierungswechsels in Deutschland rechnet. Die geplante Komreise Hitlers wird in Paris dahin ausgelegt, daß Hitler die Sympathien des Vatikans für sich gewinnen wolle. In Amerika hat man besonders beachtet, daß Hitler für den Fall der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten die Anerkennung der privaten Auslandsschulden versprochen hat und lediglich die Tributzahlungen bekämpfen wolle.

Ein neues Hitlerinterview

Hitler will nicht Reichspräsident werden.

Unter der Überschrift „Schicksalsreiche Woche für Deutschland“ und „Berlin in Fieberhitz“ veröffentlicht der „Sunday Graphic“ ein, wie er sagt, neues und ausschließliches Interview mit Hitler.

Die Pläne der Nationalsozialistischen Partei zur Übernahme der Regierung seien am Sonnabend früh fertiggestellt worden. Hitler erklärte dann, daß alles Gerede über seine etwaige Kandidatur zum Reichspräsidenten Unsinn sei. Er hege keine derartigen Pläne. Wenn ein neuer Präsident gewählt werden solle, so werde dies ein Mann sein, an den er jetzt schon denke. Im weiteren Verlauf des Interviews machte dann Hitler etwa die gleichen Ausführungen wie bereits vor einigen Tagen in Berlin vor einer Anzahl ausländischer Journalisten.

folgen. Der genaue Zeitpunkt der Veröffentlichung steht noch nicht fest.

Dr. Brüning dürfte am Montag die Parteiführer bei sich sehen, um ihnen die Bitte vorzutragen, einstweilen von einer Einberufung des Reichstages abzusehen. Eine fruchtbare Kritik der Notverordnung — dürfte er ausführen — wäre erst möglich, wenn sich die Maßnahmen auf dem Gebiet der Preissenkung sowie der Lohn- und Gehaltsenkung einige Zeit ausgewirkt hätten.

Man nimmt in parlamentarischen Kreisen, die der Regierung nahestehen, an, die Sozialdemokraten würden sich zur weiteren Duldung gewinnen lassen.

Nur Lösung der Tributfrage kann helfen.

Die Hoffnungen des englischen Schatzkanzlers.

Der englische Schatzkanzler Chamberlain erklärte in einer Ansprache, zur Beseitigung der Unsicherheit und Nervosität, die gegenwärtig in der Welt herrschen, werde eine befriedigende Lösung der Tributfrage mehr beitragen als jede andere Maßnahme.

Allein durch eine solche Lösung könnte das Vertrauen in die finanzielle Festigkeit Deutschlands und in seine Fähigkeit, seine wirtschaftlichen Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, wiederhergestellt werden. Er hoffe, daß auf der internationalen Konferenz, die diese Fragen voraussichtlich Anfang des neuen Jahres erörtern werde, eine solche Regelung gefunden werden würde.

Der Tributauschuß tagt.

Die erste Sitzungsnahme in Basel.

Die erste Sitzungsnahme zwischen den zu den Sonderauschüßverhandlungen der Tributbank nach Basel gekommenen Sachverständigen hat begonnen. Die Frage der Hinzunahme der vier besonderen Vertreter in den Sonderauschuß wurde auf die offizielle Sitzung verschoben.

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die deutsche Abordnung für die Beratungen des Tributauschusses hat in Basel ihre Arbeiten aufgenommen.

* Hitler sprach sich Vertretern der angelsächsischen Presse gegenüber aus über die Stellung des Nationalsozialismus zum Kommunismus und zu Frankreich.

* 300 Personen erkrankten nach dem Genuß von Mittagessen der Hamburger Winterhilfe.

Allem Anschein nach wird man mit einer langen Verhandlungsdauer rechnen müssen, die unter Umständen noch über das Weihnachtstfest hinausgehen wird.

Gegen Terror und Gewalt.

Rundgebung der Spitzengewerkschaften.

Die Spitzengewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten erlassen folgende Rundgebung:

„In Basel tritt der Sonderauschuß zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zusammen. Seine Pflicht ist, die Forderungen aus der Erkenntnis zu ziehen, daß die Deutschland

aufgelegten Reparationsverpflichtungen

eine der wesentlichsten Ursachen für die weltwirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit geworden sind. Sie haben die Erschütterungen des internationalen Kredit-systems herbeigeführt. Die Wiederherstellung des Vertrauens und der Wiederaufbau des internationalen Kredits ist die zentrale wirtschaftliche und politische Aufgabe. Die Reparationsleistungen haben das Maß der durch den Krieg verursachten Schäden längst überschritten. Damit ist ihnen

jede moralische und wirtschaftliche Berechtigung entzogen.

Sie sind heute nur noch ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt. Ihre Beseitigung ist ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht. Zur Wiederherstellung des internationalen Vertrauens ist aber auch die

Beruhigung der inneren Lage Deutschlands

notwendig. Die große Not des Volkes, die Massenarbeitslosigkeit und die Verarmung der Mittelschichten bereiten in Deutschland den Boden vor für die Verzweiflungsstimmung, die dem heimischen Bürgerkrieg täglich neue Nahrung zuführt. Es sind zumeist die ärmsten Schichten des Volkes, die in diesem sinnlosen Kampf fallen, blühende Jugend, die in beruflicher Kameradschaft zusammenwirken könnte, Arbeitslose, in deren Herzen das gemeinsame Elend Verständnis füreinander wecken sollte. Die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten verurteilen diesen völkerverhetzenden Bruderkampf und fordern die Regierung auf, die ganze Autorität des Staates einzusetzen, um zu erreichen, daß die innerpolitischen Auseinandersetzungen

ausschließlich mit geistigen Waffen

geführt werden. Wir wenden uns an alle, die sich in dieser Zeit gewissenloser Demagogie und brutaler Drohungen Verantwortungsberufungen, Mut und Besonnenheit gewahrt haben, und fordern von ihnen, mit uns die Front zu stärken für Recht und Freiheit gegen Terror und Gewalt.“

Seldte über den Stahlhelmgedanken.

Für politischen Burgfrieden.

Als Auftakt zu dem Deutschen Tag in Bielefeld sprach der Erste Bundesführer des Stahlhelms, Seldte, vor Vertretern der westfälischen Landwirtschaft, der Wirtschaft, des Handels und der Industrie. Der Stahlhelm, so führte Seldte u. a. aus, sei aus der bisher geübten Verteilung zur klaren Zielsetzung übergegangen. Das eine Ziel bestehe in der äußeren und inneren Befreiung des Landes zu einem souveränen Staate, das andere in der Abkehr vom Sozialismus, der das Eigentum gefährde. Am Bürgertum liege es, diese Stunde zu erkennen, um das weitgesteckte Ziel, die Ordnung im Lande wiederherzustellen, zu erreichen. Für die jetzige Stunde seien nicht Währungsfragen entscheidend, sondern die seelischen Vorgänge im Volke. Politischer Burgfriede tue not. Nicht die Frage stehe offen, ob die Deutsche Volkspartei oder die Deutschnationale Volkspartei recht habe, sondern Sammlung und Einigung aller deutschen Männer sei das Gebot der Stunde, um die deutsche Sache zum Siege zu führen.

Gröner gegen das Parteibürgertum.

Reichswehr- und Reichsinnenminister Gröner hielt am Sonntagabend seine zweite Rundfunkrede, nachdem, wie er erklärte, seine letzte Ansprache im Rundfunk ein hartes Echo, zustimmend und ablehnend, aus allen Kreisen gefunden habe.

Diesmal behandelte Reichsinnenminister Gröner das Thema „Von der Verantwortung des Staatsbürgers“. Er wies kurz auf die Wandlung des Staatsbürgers im Laufe der Jahrzehnte hin. Aus dem Staatsbürger unserer Großväterzeit, der ganz in der Heimatserde wurzelte und sich wenig um Politik kümmerte, wurde durch die industrielle Entwicklung der heimatlose Staatsbürger der Großstadt.

Heute besteht die große Gefahr, daß aus diesem heimatlosen Staatsbürger schließlich voll und ganz der Parteibürger wird. Dagegen anzukämpfen sieht Gröner als eine der wichtigsten Aufgaben.

Bergebung öffentlicher Bauleistungen in Preußen

Beteiligung des gewerblichen Mittelstandes.

Durch einen Runderlaß des preussischen Finanzministers vom 28. Oktober 1931 wird, wie uns aus Berlin berichtet wird, angesichts der wirtschaftlichen Notlage im Baugewerbe auf die bestehenden Bestimmungen über die Vergebung von öffentlichen Bauleistungen erneut hingewiesen. Die Vergebung der Arbeiten an Generalunternehmer ist zu vermeiden. Im Gegenteil ist das Hauptgewicht auf möglichst weitgehende Beteiligung des gewerblichen Mittelstandes zu legen und überall dort, wo umfangreichere Leistungen in Betracht kommen sollten, eine Vergebung in Teillosen durchzuführen. Dabei soll das örtliche Handwerk bei sonst gleichwertigen Angeboten besonders berücksichtigt werden.

Gemeinderatswahlen in Stuttgart.

Wieder Gewinn der NSDAP. und Verlust der SPD.

Bisher liegt von den württembergischen Gemeinderatswahlen lediglich das Endergebnis aus Stuttgart vor. Das Ergebnis ist folgendes:

	Stimmen	Reichstagswahl 1930	Mand.
Kommunistische Opposition	4 037	—	—
Christlicher Volksdienst	9 075	12 351	1
Sozialdemokraten	46 810	60 198	7
Zentrum	18 186	19 615	3
Deutschnationale Volkspartei	19 525	18 394	3
Frauenliste	4 760	—	—
Bürgerliche Einheitsliste (Demokraten, DVP., Volksp. P., Nationale Volksgemeinschaft)	23 104	51 897	3
Nationalsozialisten	44 599	22 587	7
Kommunisten	37 803	38 414	6

Abgesehen von einigen Schlägereien in der Nacht zum Sonntag sind die Gemeinderatswahlen ruhig verlaufen. Im Vorort Ostheim gab es eine Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, wobei ein Nationalsozialist schwer verletzt wurde. Ein anderer Nationalsozialist wurde in Stuttgart durch Reichsbannerleute überfallen und schwer verletzt.

Volksabstimmung in der Schweiz

Die Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung abgelehnt.

Das Schweizer Volk hat am Sonntag die Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung abgelehnt, nachdem es bereits vor sechs Jahren die grundsätzliche Einführung der Versicherung beschlossen hatte. In jahrelangen Beratungen wurden vom National- und Ständerat die Einzelheiten festgelegt. Nun entstand in diesem Sommer bei den Kommunisten und eidgenössischen Front eine starke Opposition gegen die Versicherung. Es wurden die notwendigen Stimmen aufgebracht, die erreichten, daß die Versicherung und ihre Ausführungsgeetze noch einmal zur Volksabstimmung zu bringen seien. Die Verschlechterung der Wirtschaftslage in Verbindung mit dem bevorstehenden allgemeinen Lohn- und Gehaltsabbau sowie die Angst vor jahrelanger Prämienzahlung vom Arbeitgeber hat dazu geführt, daß das Volk nun mit starker Mehrheit die Alters- und Hinterbliebenenversicherung sowie die zur Aufbringung der Staatszuschüsse vorgesehene Tabak- und Zigarettenbesteuerung abgelehnt hat.

Moskaus Erlöserkirche in die Luft gesprengt

Das Nationalheiligtum des gläubigen Rußlands vernichtet.

Die Erlöserkathedrale, eines der bedeutendsten Bauwerke Rußlands, ist durch sechs Ladungen Dynamit in die Luft gesprengt worden. Die gewaltige Explosion wurde in der ganzen Stadt verspürt. Im Umkreis von vielen hundert Metern ging ein Regen von Staub und Mauerresten nieder. Die Polizei hatte umfangreiche Vorkehrungen getroffen und das ganze Stadtviertel hermetisch abgesperrt.

Das Gold der riesigen fünf Kuppeln hatte man schon vor längerer Zeit abgenommen und die Kunstwerke aus dem Innern der Kirche entfernt. An ihrer Stelle soll nun das Sowjetkongreßgebäude errichtet werden.

Die Kathedrale, zur Erinnerung an die Vernichtung der napoleonischen Armee in Rußland errichtet und in Jahren 1837 bis 1883 gebaut, war ein Wahrzeichen nicht nur Moskaus, der alten Zarenstadt, war ein Wahrzeichen Rußlands schlechthin. Auch wer von den äußersten Grenzen des Reiches kam, verließ Moskau nicht, ohne nicht an den zwei heiligsten Stätten der orthodoxen Russen gebetet zu haben: in der Kapelle der Jberischen Madonna, die zum Entsetzen der Gläubigen im Sommer 1929 zerstört wurde, und in der Erlöserkathedrale.

Eine Gemeinde von 7000 Menschen drängte sich in der Erlöserkirche an den hohen Kirchenfesten, stand stumm vor der Pracht aus Gold und Marmor im Innern.

Lokales und Provinzielles

Salver, den 7. Dezember 1931.

Kauf zu Hause!

„Wohltätigkeit beginnt zu Hause,“ sagt ein englisches Sprichwort, und „Das Heim ist einem näher als der Tod,“ lautet ein deutsches Wahrwort, das ungefähr das gleiche bedeutet. Was es bedeutet? Daß man, wenn man Gelegenheit hat und in der Lage ist, Wohltätigkeiten zu erweisen, mit dem Wohltun bei denen beginnen soll, welche einem am nächsten stehen, vorausgesetzt, daß sie zu denen gehören, welchen geholfen werden muß. Wenn wir das alles nicht zu eng fassen und die beiden Sprichwörter nicht nur wörtlich nehmen, sondern auch ihren tieferen Sinn zu ergründen suchen, können wir sie, ohne viel daran herumzudeckeln, gut auf die Weihnachtszeit oder vielmehr auf die Weihnachtseinkäufe anwenden.

Als gegeben wird angenommen, daß wir, soweit wir können, zu Weihnachtseinkäufen entschlossen sind. Lassen wir einmal all das Zammern über die wirklich schlechten Zeiten beiseite und halten wir uns nur daran, daß wir schenken wollen, da wir von Natur gebefreudig sind und zu Weihnachten mehr als sonst. Man muß sich also eines Tages aufmachen, um die Weihnachtsgeschenke, die man verteilen will, zu erstehen. Und da erhebt sich natürlich die Frage: „Wo laufe ich?“ Und ebenso natürlich gibt es viele, die der Meinung sind, sie könnten nur möglichst weit von ihrem Heimort entfernt, am liebsten in der

großen Stadt, auf Grund von Katalogen und Preislisten und womöglich auf Extrafahrten nach dem vermeinten Dorado der preiswerten Weihnachtsgeschenke gut und billig einkaufen. Und das ist erstens falsch. Wenn es sich nicht gerade um „ausgefallene“ Luxusdinge, die nur in bestimmten Großstadteinkäufen geführt werden, handelt, kann der Heimort, kann ein anderer nahe gelegener Ort, die Kreisstadt, eine Nachbarstadt usw. den Kaufsuchenden genau so zufriedenstellen wie die ferne Großstadt. Na, wir dürfen ruhig sagen: sie kann ihn besser bedienen. Der Kaufmann der engeren Heimat kennt seine Kundenschaft, weiß genau, was er ihr vorlegen darf, hilft prüfen und aussuchen, wird nicht ungeduldig, wenn ein Einkauf etwas in die Länge gezogen wird, und sucht sich überhaupt in jeder Weise entgegenkommend zu zeigen. Zu Hause ist der Käufer eine wirkliche Person mit einem bestimmten Namen, in der Fremde aber ist er eine beliebige Nummer, nein, nicht einmal das, sondern ein gänzlich Unbekannter, ein D, K oder J, wie in einer mathematischen Gleichung.

Da wir erstens gesagt haben, müssen wir auch zweitens sagen. Zweitens nämlich ist zu bemerken, daß selbst dann, wenn man überzeugt ist, daß man anderswo günstiger einkaufen könnte als zu Hause, das Zuhause unbedingt vorzuziehen wäre. Bitte, seht euch mal die Kaufleute eurer engeren Heimat an! Hier ist es wirklich angebracht, die vielberufene schlechte Zeit auftreten zu lassen. Haben unsere Kaufleute jetzt gute Tage? Haben sie solche Verdienstmöglichkeiten wie einst? Sind sie nicht von euerem guten Kaufwillen abhängig wie ihr von ihnen? Denn schließlich kann ja keiner ohne seinen Nachbar auskommen. Einer muß dem andern helfen, sonst wäre das immer wiederkehrende Wort von der „Nachbarhilfe“ und der „Winterhilfe“ in die Luft gesprochen. Euerem Nachbar nebenan geht es nicht aus, und nun wird Weihnachten, und ihr habt Gelegenheit, ihm zu helfen, und da wollt ihr euer Weihnachtsgeld in die Ferne tragen?! Das solltet ihr euch zweimal überlegen, wenn ihr Weihnachtseinkäufe zu machen gedenkt, und ich bin überzeugt, daß ihr dann sofort sagen werdet: „Natürlich, ich laufe zu Hause, denn das Heim ist mir näher als der Tod!“ Das englische Sprichwort brauchen wir da überhaupt nicht mehr.

—* Wichtige Entscheidung des Arbeitsamtes über die Zieglereisen-Maschinen-, Eisenbeton- und Dachdecker-Winterkurse am Technikum Lage i. L. Nachdem nunmehr die Verhandlungen mit dem Arbeitsamt dahin geführt haben, daß den Erwerbslosen während des Besuchs der Winterkurse am Technikum Lage die Arbeitslosenunterstützung auf Antrag weitergezahlt wird, wird das Technikum Lage auch in diesem Winter die bekannten Fortbildungskurse für die Ziegler und Handwerker des Bau- und Dachdeckerhandwerks durchführen. Es ist beabsichtigt, neben den in der Ziegelindustrie anerkannten Zieglereisenkursen, Maschinenkursen und den Sprengmeisterkursen auch für das Baugewerbe einen Sonderkurs über Eisenbeton und weiter für das Dachdeckerhandwerk einen Vorbereitungskurs für die Dachdeckermeisterprüfung mit Einschluß eines Sonderlehrganges für den Blitzableiterbau neu einzurichten. Der arbeitslosen Teilnehmern soll gegenüber den übrigen Besuchern die Teilnahme noch dadurch erleichtert werden, daß die Anstaltsleitung ihnen ermäßigte Unterrichtsgebühren zubilligen wird. Die vom Arbeitsamt durchzuführende Meldekontrolle kann bei Kursbesuchern nach Auskunft während der Dauer der Kurse von der Schulleitung durchgeführt werden. Diese Erleichterungen seitens des Arbeitsamtes sind besonders zu begrüßen, da dadurch allen vorwärtstrebenden Erwerbslosen die Möglichkeit gegeben wird, die Zeit der aufgezwingenen Untätigkeit für ihre berufliche Fortbildung nutzbringend auszunutzen. Die Kurse sollen am 7. Januar 1932 beginnen. Nähere Auskunft hierüber sowie über die Richtlinien bei der Ueberbeschreibung von anderen Arbeitsämtern nach Lage erteilt kostenlos das Sekretariat des Technikums Lage in Lippe.

—* Stadttheater Hagen. Wochenplan für die Zeit vom 7.—13. Dezember. Montag, den 7. Dez. 20 Uhr, Ende etwa 22 1/4 Uhr, „Die letzte Fahrt des U-Boot 116“, Schauspiel. Dienstag, den 8. Dezember 19 1/2, Ende etwa 22 1/4 Uhr, „Die Duharry“, Operette. Mittwoch, den 9. Dezember 16, Ende etwa 18 1/2 Uhr, „Stöcke bummelt durch die Welt“, Märchen. — 20, Ende etwa 22 Uhr in neuer Einstudierung „Hänsel u. Gretel“, Märchenoper. Donnerstag, den 10. Dezember 20, Ende

etwa 22 3/4 Uhr, „Die letzte Fahrt des U-Boot 116, Schauspiel. Freitag, den 11. Dezember 20, Ende etwa 22 1/4 Uhr, Vorstellung für den Kreisriegerverband, „Die letzte Fahrt des U-Boot 116“, Schauspiel Samstag, den 12. Dezember 15, Ende etwa 17 1/2 Uhr, „Stöcke bummelt durch die Welt“, Märchen. — 19 1/2, Ende etwa 22 1/4 Uhr, „Die Duharry“, Operette. Sonntag, den 13. Dez. 11 1/4, Ende etwa 12 3/4 Uhr Morgenveranstaltung des Westfäl. Schriftstellerrings. — 15, Ende etwa 19 1/2 Uhr zu ermäßigten Preisen, „Die Meistersinger von Nürnberg“, Oper. — 20 1/2, Ende etwa 22 3/4 Uhr, Erstaufführung, „Nina“, Komödie.

Salver

—: Diebstahl. Einem hiesigen Metzger wurden in der vergangenen Woche mehrere Pfund frische Wurst aus dem Schlachthaus gestohlen. Nach dem oder den Tätern wird eifrig gefahndet.

—) Überbrücke. Der Zentralverband der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands, Ortsgruppe Überbrücke-Salver, veranstaltet am Samstag nachmittag im Hotel Süderland einen gemütlichen Unterhaltungsabend mit Filmvorführung: Ein Kampf-Film für die soziale Gerechtigkeit. Beginn 6 Uhr abends. Nichtmitglieder haben Zutritt.

Schalksmühle

—0 Die Tagesordnung für die Sitzung der Gemeindevertretung Schalksmühle am 11. 12. 1931 umfaßt folgende Punkte: 1. Beihilfsanträge, 2. Antrag auf Bürgerschaftsübernahme, 3. Erwerb von Begeparzellen, 4. Grundstücksveräußerung, 5. Gemeindefinanzrechnung 1930, 6. Berufsschulwesen.

Lüdenscheid. Eigenartiger Betrugsfall. Einem Betrüger sind hier Leute zum Opfer gefallen, die mit einer höheren Verzinsung ihrer Spargelder rechneten. Der Mann, der Angestellter einer Sparkasse war, hatte von seinen Verwandten und von sonstigen Leuten sich Gelder geben lassen unter dem Vorwand, er werde sie bei der Sparkasse und auch bei der Landesbank weit höher verzinslich anlegen, als es sonst möglich sei. Der Mann hat aber die Gelder nicht abgeliefert, sondern für sich verbraucht; es handelt sich um einige tausend Mark. Der Betrüger ist seit Donnerstag flüchtig. Geschädigt sind nur die allzu Vertrauensseligen, die dem Betrüger das Geld gaben.

Münster. Raubüberfall auf ein Pfarrhaus in Münster. In den Morgenstunden des Freitags drangen zwei maskierte Räuber mitten in der Altstadt in das Pfarrhaus von St. Martini ein. Sie bedrohten das Dienstmädchen mit einer Pistole, fesselten und knielten es und banden es am Bettpfosten fest, schlugen die sich lange wehrende Haushälterin mit einem Brecheisen nieder und gaben auch einen Schuß auf sie ab, ohne allerdings zu treffen. Dem Dienstmädchen gelang es, sich mit Hilfe der Zähne zu befreien, aus dem Fenster zu springen und Hilfe herbeizurufen. Nach den ersten Hilferufen sind die Einbrecher unerkannt entkommen.

Remscheid. Eine 18jährige Betrügerin. Ein 18 jähriges Mädchen aus Lennep logierte sich unter falschem Namen in einem hiesigen Gasthaus ein, bezahlte nichts und borgte sich zudem noch Geld unter der Vorspiegelung, das es in den nächsten Tagen in einem hiesigen größeren Geschäft eine Stellung anträte. Gestern wurde es festgenommen. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß es sich um dieselbe Betrügerin handelt, die sich von hiesigen Geschäften Auswahlsendungen nach verschiedenen Stellen hinschicken ließ.

Remscheid-Lennep. Brand durch Funkschlag. In der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr entstand bei dem starken Südweststurm durch Funkschlag ein Brand in der Eisengießerei von Wolff. Das Feuer wurde glücklicherweise bald entdeckt. Es konnte erstickt werden, ehe es größeren Umfang angenommen hatte.

Deutschlands weltpolitische Lage.

Am Samstag, dem 5. 12. fand im Saale des Hotels zur Post in Lüdenscheid eine öffentliche Versammlung des Jungdeutschen Ordens statt. Der Redner des Abends war: „August Abel, Berlin, M. d. R.“ Das Thema war:

„Deutschlands weltpolitische Lage.“

Der Redner führte folgendes aus:

Wenn man die weltpolitische Lage Deutschlands verstehen will, so muß man den Charakter des Weltkrieges kennen, der diese Lage heraufbeschworen hat. Im Gegensatz zu der viel verbreiteten Annahme, war nicht Frankreich sondern England der Hauptkriegstreiber. Durch die steigende wirtschaftliche Erstarkung Deutschlands fühlte sich England in seinem Weltreich bedroht, und versuchte die Koalition des Feindbundes gegen Deutschland zustande zu bringen. Die geschickte Politik Englands verschleierte diese Tatsache so, daß Deutschland noch bis zuletzt an die Neutralität Englands glaubte. Kurz nach den Burenkriegen schloß sich der Ring um Deutschland. Englischer Imperialismus, russischer Panславismus und französischer Revanchgeist standen zusammen gegen Deutschland. Jetzt galt es Deutschland den Krieg aufzuzwingen, und zwar derart, daß es in die Rolle des Angreifers gedrängt wurde. Die deutschen Politiker haben es nicht verstanden, diesen Schachzug unserer Gegner zu vereiteln, und allein auf der Tatsache, daß Deutschland an Rußland und Frankreich den Krieg erklärt hat, baut sich die Lüge der Kriegsschuld, und damit der Versailler Vertrag auf.

Der Versailler Vertrag steht in der Geschichte als Friedensschluß einzigartig da. Man begnügte sich nicht mit einer augenblicklichen Belastung des unterworfenen Staates, sondern auf Generationen hinaus zerstörte man ihm jede Entwicklungsmöglichkeit. Man nahm Deutschland die Kolonien mit der Begründung, daß es unfähig sei, diese zu verwalten, man nahm ihm sein Heer, weil es damit den Weltfrieden gefährdet habe, kurz man stempelte es zu einem Volke der Menschheitsverbrecher.

Der Friede wurde unter dem Druck der Verhältnisse unterzeichnet, es blieb in diesem Augenblick kein anderer Ausweg. England als unser Hauptgegner hat seine Kriegsziele voll und ganz erreicht, nämlich: Zerstörung der Kriegs- und Handelsflotte, Niedergang der deutschen Wirtschaft und Vernichtung des deutschen Welt Handels. Jetzt zieht sich England zurück, und Frankreich geht daran seine Kriegspläne zu verwirklichen.

Was Frankreich erreichen wollte kennzeichnet ein Ausspruch eines französischen Ministers:

„Je reux le Rhin pour ma patrie!“

Die Befestigung des Rheinlandes war ein groß angelegter Versuch, die Rheinprovinz von Deutschland zu trennen. Auch die Befestigung des Ruhrbezirks war nicht, wie damals viel gesagt wurde ein letzter Versuch französischer Generale Vorbeeren zu ernten, sondern war die zielbewußte französische Politik, das Rheinland, samt seinem Vorlande, dem Ruhrbezirk, unter seine Herrschaft zu bringen, und nur dem energischen Eingreifen Amerikas ist es zu verdanken, daß diese Pläne vereitelt worden sind. Die Festlegung der Reparationslasten in Bezug auf Sach- und Geldlieferungen haben wir zum größten Teile England zu verdanken, welches dadurch den Ruin der deutschen Wirtschaft zu seinen Gunsten erreichen wollte. Dieser Versuch war ein schwerer Fehlschlag englischer Politik, und hat England ins Verderben gestürzt. Durch die deutschen Sachlieferungen wurde, da sie ja konfurrenzlos billig waren, in England die Arbeitslosigkeit heraufbeschworen, und damit der Radikalismus. Die Forderungen in geldlicher Hinsicht verpflichteten England seine Kriegsschulden an Amerika zu bezahlen, und wenn wir jährlich 367 Millionen an England bezahlten, mußte dieses 600 Millionen an U. S. A. bezahlen. Trotz aller Anleihen kam dann jährlich ein Defizit von 18 Millionen heraus, welches Englands Finanzlage zu bedrohen begann. Aus diesem Grunde hat sich England immer bereit gefunden die Reparationslasten zu senken, in seinem eigenen Interesse. Diese Bestrebungen Englands sind für uns in hohem Maße günstig, und wir müssen die Gelegenheit immer wieder wahrnehmen mit England zusammen eine Senkung der Reparationen zu erzielen. In welcher starkem Maße England in diesem Punkte in seinem eigenen Interesse gewillt ist, uns zu unterstützen, zeigt die deutsch-österreichische Zollunion. Hier hat England mit allen Mitteln versucht diese Union zusammen zu bringen. Aber Frankreich hatte die Macht, und im Verein mit den Staaten, die finanziell von ihm abhängig waren, gelang es den Zollpakt zu zerstören. Die Stellung des englischen Weltreiches ist stark erschüttert. Dem Mutterlande entgleitet die Führung mehr und mehr, und dieses, wirtschaftlich bis auf äußerste geschwächt, kann diesem Auseinanderbröckeln keinen Einhalt gebieten. Die größte Sorge Englands ist, mit Frankreich jeden Konflikt zu vermeiden, denn die militä-

Milliarden Volksvermögen bedroht.

Bei Beratung der neuen Notverordnung ist auch der Plan aufgetaucht, die Neubauten dadurch zu senken, daß Länder und Gemeinden auf Verzinsung und Bildung der Hauszinssteuerhypotheken verzichten. Dieser Plan, der außerordentlich umstritten ist, birgt eine große Gefahr in sich, nämlich die, daß Milliarden von Volksvermögen, die in den Hauszinssteuerhypotheken der Neubauten stecken, schließlich ganz verlorengehen. Diese Gefahr ist um so größer, als die Hauszinssteuerhypotheken auch noch von einer anderen Seite bedroht werden. Darüber schreibt uns ein Kenner der Verhältnisse folgendes:

Was ist die Hauszinssteuer eigentlich? Sie ist ein Zuschlag zur Grundvermögenssteuer, der nach dem Gesetz zur „Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens“ dienen soll. Die Finanznot der Länder brachte es aber dahin, daß an dieser so sicher fließenden Quelle immer mehr Abzäpfungen zu anderen als den ursprünglichen Zwecken vorgenommen wurden. Alle Länder haben Teile dieser Steuer für ihre Verwaltungskosten abgezweigt und die Kommunen haben das Recht erhalten, für ihre Verwaltungszwecke Zuschläge zur Hauszinssteuer zu erheben.

Zur zweckentsprechenden Verwertung der Hauszinssteuergelder sind in regional leicht zu überschenden Bezirken die Wohnungsfürsorgegesellschaften errichtet worden, an denen die Städte, die Kreise oder eine Gemeinschaft von Gemeinden beteiligt sind. Durch Eingabe von billigen Hypotheken sollte ein Anreiz zum Wohnungsbau gegeben werden. Verzinsung und Tilgung betragen jeweils nur ein Prozent und die Wohnungsfürsorgegesellschaften waren damit einverstanden, daß die Hauszinssteuerhypothek erst an dritter Stelle gesichert wurde. Um zu verhindern, daß mit den billigen Hauszinssteuerhypotheken Lurusbauten errichtet werden, haben die Wohnungsfürsorgegesellschaften gewisse Bauvorschriften gegeben, so über die Größe der bebauten Fläche im Verhältnis zur Zahl der Wohnräume, über die Höhe der Baukosten und über ähnliches. Ob diese Bestimmungen immer eingehalten worden sind, dürfte nicht ohne weiteres mit ja zu beantworten sein. Vielleicht ist es doch gewandten Bauherren und geschickten Architekten gelungen, eine Baukostenrechnung vorzulegen, die zwar auf dem Papier den Richtlinien entsprach, aber praktisch doch nicht mit dem Zweck der Hauszinssteuer übereinstimmte. Es gehen da allerhand Gerüchte um, aber es muß ja nicht alles wahr sein.

Die Hauszinssteuer muß von jedem Staatsbürger bezahlt werden, der im Besitz einer Altwohnung ist. Wer eine Hauszinssteuerhypothek bekommt, baut also mit Geldern, die aus der Tasche der Allgemeinheit genommen sind. Es soll damit aber kein Geschenk gemacht werden, sondern das Kapital soll verzinst und im Laufe der Jahre zurückgezahlt werden. Aus den eingehenden Zinsen und Tilgungsbeträgen sollen neue Mittel für Bauten bereitgestellt werden. So wenigstens ist die Sache gedacht. Die Hauszinssteuergelder sollen nicht verloren sein, sie sollen der Allgemeinheit erhalten bleiben. Darauf hat die Öffentlichkeit ein Anrecht. Aber in der Praxis sehen die Dinge anders aus. In einem süddeutschen Parlament gab es vor Jahren auf die Frage, ob denn die Hauszinssteuergelder auch gesichert wären, als Antwort nur ein Achselzucken bei den Abgeordneten aller Parteien. Es befanden also von Anfang an Zweifel.

Heute sind diese Zweifel begründeter als je, daß Milliarden dieses Volksvermögens schwer bedroht sind. Es sind in den letzten Wochen schon mehrfach Zwangsversteigerungen erfolgt, bei denen die Hauszinssteuerhypothek beim Zuschlag glatt ausgefallen ist. Gewiß scheinen das zunächst nur Ausnahmefälle, aber diese Ausnahmen können sich häufen und werden sich häufen, nicht nur unter dem Druck der wirtschaftlichen Not, sondern auch dadurch, daß gewisse Elemente versuchen können, diese Entwicklung auszunutzen und die Hauszinssteuerhypothek ganz planmäßig kaputt zu machen. An Beispielen fehlt es nicht, und wie die Sache gemacht wird, zeigt folgendes: Hinter der an dritter Stelle stehenden Hauszinssteuer kann jederzeit eine vierte für einen beliebigen Gläubiger eingetragen werden. In diesen werden dann einfach die Hypothekenzinsen nicht bezahlt, so daß er juristisch einen Grund bekommt, die Zwangsversteigerung zu betreiben. Nun kann natürlich die Gemeinde, die Hauszinssteuer für das Haus gegeben hat, das Haus bei der Versteigerung erwerben. Das wird aber praktisch nur in wenigen Fällen möglich sein, weil die Massen der Gemeinden eine derartige Politik nicht mehr erlauben. In relativ sehr vielen von den bisher beobachtenden Fällen haben die Gemeinden auf den Erwerb des Grundstückes verzichtet und die Hauszinssteuerhypothek, ein Kapital, das die Steuerzahler aufgebracht haben, war damit verloren. Den Nutzen hat allein der neue Besitzer des Hauses, denn er hat durch die Zwangsversteigerung alle Lasten, mit Ausnahme der ersten, und vielleicht auch der zweiten Hypothek beseitigt und erzielt nun aus dem Haus einen höheren Gewinn, weil er die alten Mietforderungen natürlich möglichst aufrechterhält.

Mit anderen Worten, der neue Besitzer, der in der Zwangsversteigerung das Haus gekauft hat, hat auf Kosten der Allgemeinheit einen hübschen Gewinn in die Tasche gesteckt. Für die Gemeinden und Staatskassen ist nicht nur das Kapital verloren, sondern auch Zinsen und Tilgungsbeträge, die für Neubauten verwendet werden sollten. Dadurch wird auch der Baumarkt geschädigt. Kurzum, die mühselig aufgebrauchten Hauszinssteuern gehen der Allgemeinheit verloren, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen wird. Es wird erforderlich sein, unverzüglich zum Schutz der Hauszinssteuerhypotheken gesetzliche Anordnungen zu treffen. Man kann daran denken, daß der Zuschlag bei der Zwangsversteigerung nur unter der Bedingung erteilt wird, daß die Hauszinssteuer mit übernommen wird. Man kann aber auch daran denken, daß die Mieter, auch nach dem Wegfall der Hauszinssteuer zur Zahlung der Verzinsung und Tilgungsraten, und zwar unmittelbar an die Wohnungsfürsorgegesellschaften, verpflichtet werden. Die Miete würde sich dann entsprechend diesen Beträgen vermindern.

AM HÖRER DER ZEIT.

Politische Zwischenspiele.

Die jüngsten Ereignisse im Österreichischen Nationalrat, wo es nicht ohne Enthüllungen abging, weisen die deutsche Öffentlichkeit abermals auf die Bestrebungen zur Errichtung der, oder richtiger „einer“ Donauföderation hin. Die natürliche Donau-

Woche der Entscheidungen

Washington—Basel—Berlin.

Verfassungsgemäß tritt am ersten Montag im Dezember

der Amerikanische Kongreß zusammen.

Die parlamentarische Lage in Washington wird durch zwei Tatsachen gekennzeichnet: Präsident Hoover, der als Führer der Republikanischen Partei in sein Amt hineingewählt worden ist, besitzt jetzt im Repräsentantenhaus nicht mehr die Mehrheit, sondern diese ist auf Grund von Nachwahlen von der Demokratischen Partei erobert worden. Im Senat, dessen Stellung und Befugnisse für die Außenpolitik von größerer Wichtigkeit sind als die des Repräsentantenhauses, besteht noch eine republikanische Mehrheit von einer Stimme, aber in dieser Partei kämpfen die verschiedensten Strömungen und Ansichten gegeneinander. Zweitens erfolgt im nächsten Frühjahr die Präsidentenwahl und die politische Haltung beider Parteien ist darauf eingestellt, sich bei den Wählern die Ansichten nicht zu verderben. Infolgedessen dürfte es zwar zu einer

nachträglichen Billigung des „Hoover-Jeierjahres“

kommen, aber ganz unzweideutig vorläufig jedes weitere Entgegenkommen gegenüber Europa in der Frage der interalliierten Schulden bzw. der Reparationen, überhaupt jede Einmischung oder gar Bindung an die europäische und die Völkerverbundspolitik abgelehnt werden. Die Deckung des amerikanischen Defizits von etwa 3,8 Milliarden Mark ist vordringlichste Arbeitsaufgabe des amerikanischen Parlaments und die Behandlung der Reparationsfrage wird man Europa allein überlassen.

Auch der

Sonder-„Untersuchungs“-Ausschuß des Young-Plans tritt am Montag in Basel bei der Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich zusammen. Deutsches Mitglied ist der bekannte Hamburger Bankier Melchior, der bereits auf der Pariser Young-Plan-Konferenz 1929 tätig war und seitdem sehr häufig bei Verhandlungen über Tributfragen mitwirkte. Es handelt sich in Basel um die Arbeit eines Ausschusses, der, formell unabhängig von den Regierungen, durch die Notenbanken der sieben im Ausschuß vertretenen Länder gebildet worden ist. Besonders bemerkenswert ist, daß der französische Vertreter Nist, ein bevorzugter finanzieller Berater Cavales — er begleitete den Ministerpräsidenten auch nach Washington —, in scharfem Gegensatz zu dem belgischen Mitglied Francqui steht. Viel schärfer noch ist aber in der Presse Englands am Vorabend des Zusammentritts der Kommission betont worden, daß England unbedingt dem Willen Frankreichs entgegenwirken werde, den Young-Plan am 1. Juli einfach wieder in Kraft treten zu lassen.

Der deutsche Standpunkt

bedeutet natürlich damit, ohne daß das eigentliche Endziel, nämlich die Streichung der gesamten internationalen Schulden, aus den Augen verloren wird. Doch hierüber fällt die Entscheidung in der für später zu erwartenden Reparationskonferenz; der Baseler Ausschuß hat ja nur eine formell die Gläubigerregierungen nicht bindendes Gutachten über die gesamte Wirtschafts- und Finanzlage

föderation, wie sie dem deutsch-österreichischen Zolluniongedanken innewohnt, ist auf „Pariser Wunsch“ von Österreich notgedrungen aufgegeben worden. Daß aber der Gedanke gesund und zur Rettung der bedrohten Wirtschaft in Mitteleuropa geeignet gewesen wäre, leugnen auch die hinter den Kulissen arbeitenden Pariser Drahtzieher nicht, die jetzt ihre Puppen im übrigen, von Deutschland „befreiten“ Mitteleuropa tanzen lassen. Österreichische und ungarische Industrielle, Handelspolitiker, von denen gar mancher schon von der Notwendigkeit einer deutsch-österreichisch-ungarischen Zusammenarbeit gesprochen hat, fanden jetzt den Weg nach Prag, um dort an einem „Zusammenschluß der Nachfolgestaaten“ in einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet weiterzuarbeiten. Im österreichischen Nationalrat konnte man über diese Reisenden hören, daß sie, die Christlichsozialen, Österreich an Frankreich „verkauft“ hätten... was eine unfreundliche Umschreibung der immerhin richtigen Lage ist, daß Frankreich im gütigen Netz seiner Anleihen auch das arme Österreich gefangen hat. Wenn jetzt die Österreicher und die auch an Paris glaubenden Ungarn nach Prag gehen, um dort im Sinne einer Donauföderation weiterzuverhandeln, werden sie den Plänen des französischen politischen Statthalters im Osten, dem tschechischen Außenminister Beneš, sehr willkommen sein. Die Welt wird das Schauspiel erleben, daß die durch die Tributverträge geschaffenen Nachfolgestaaten sich zu einem Neugebilde vereinigen, das der alten österreichisch-ungarischen Monarchie nicht unähnlich sein wird... ein einheitliches Zollgebiet der Nachfolgestaaten bedeutet politisch bloß eine erweiterte Autonomie: die Vielsprachigkeit in den Donauländerparlamenten ist nichts Neues!

Einer rumänischen Abordnung, die gern eine Abänderung des rumänisch-französischen Handelsvertrages erreicht hätte, wurde in Paris bedeutet, daß Frankreich nur dann rumänisches Getreide kaufen würde, wenn Rumänien entsprechende Mengen französischer Luxuswaren abnehme. Für den entfallenden englischen Markt scheint Frankreich sich bei seinen „Vasallen“ schablos zu halten: Brotgetreide kann man schließlich überall kaufen, wenn man Gold hat, und auch wenn man kein Geld hat, muß man essen. Ob Seide und Parfüm zu den Lebensnotwendigkeiten gehören, entscheidet jeder Staat in der heutigen wirtschaftlichen Notlage selbst. Rumänien meint vielleicht: Nein. Dem donnernden Ja, gewiß! aus Paris wird der romanische Bruder wohl glauben müssen.

Es verlohnt stets, ein offenes Wort von der anderen Seite zu hören. Daß dem Warschauer Besuch des südslawischen Außenministers wissen wir nun, daß er eine Propaganda gegen die Friedensverträge und den Gebietsstand einzelner Staaten nicht gutheißend könne! Dieser Ansicht dürfte der vormalige serbische Minister nicht gewesen sein, als es vor dem Weltkrieg — im bulgarisch-serbischen Kriege — einen Friedensvertrag gab, der nicht nach seinen Wünschen ausfiel. Ein großer slawischer Maler, der Russe Wesselschagin, hat sein großes Schlachtenbild aus dem russisch-türkischen Kriege mit einem Schlachtenbericht unterzeichnet: „Am Schiffsapfel ist alles rubia...“ Man sah nur Leichen Erfrorener im

Deutschlands und Vorschläge über eine Abänderung der Zahlungsverpflichtungen des „ungeschützten“ Teils zu machen.

Wenn schließlich

die „Stillhaltekommission“

zur Regelung jener privaten Schuldverpflichtungen der deutschen Wirtschaft erst am Sonnabend in Berlin mit der Arbeit beginnen wird, so sind doch die Vorverhandlungen bereits jetzt eifrig im Gange. Dieser internationale Ausschuß, der, wie sein Baseler Vorgänger im vergangenen Spätsommer, unter dem Vorsitz des Amerikaners Wiggan steht und in den England wieder den Bankier Canton entsendet, hat als deutsche Mitglieder u. a. Direktor Dr. Schmitz von der F. G. Farbenindustrie und mehrere Direktoren der Großbanken. In Newyork haben zwischen den amerikanischen Bankenvertretern bereits Besprechungen stattgefunden, in Paris werden sich die Engländer mit den Franzosen und Belgiern zusammensetzen, auch Holland und die Schweiz haben ihre Ansprüche angemeldet, — aber von überall hört man daselbe: Das Stillhalteabkommen könne und werde nur verlängert werden, wenn Deutschland am 1. März einen Teil dieser Kredite tatsächlich abbezahle; außerdem würden nur wirtschaftlich vernünftige Kredite verlängert werden. Außerdem solle Deutschland sich bemühen, durch „Verständigung“ mit Frankreich die Konsolidierung eines weiteren Teils dieser kurzfristigen Schulden herbeizuführen, also eine große französische Anleihe unter Annahme der „politischen Bedingungen“ nachzusuchen, daß natürlich die gesamte Arbeit dieses Ausschusses und deren Erfolg absolut von dem abhängt, was in der Tributfrage geschieht, weiß man in Basel ebenso genau wie in Berlin.

In den nächsten Tagen wird nun auch zum mindesten ein Teil der großen wirtschaftlich-sozialpolitisch-finanziellen

Winterhilfe-Notverordnung

herauskommen, über deren Inhalt die Öffentlichkeit nur sehr unbestimmt unterrichtet worden ist. Infolgedessen ist auch der Antrag auf sofortige Wiedereinberufung des Reichstages selbst von den Mittelparteien nicht unterstützt worden, die sich teilweise oder ganz als Gegner Brünnings bekannt haben: Man will erst einmal abwarten, was eigentlich in der Notverordnung drinsteht. Politisch ist dabei das Wichtigste, ob der Lohn- und Gehaltsabbau offen oder auf Umwegen zur Voraussetzung einer Preissenkung gemacht wird, ob er gleichzeitig mit dem Preisabbau erfolgen soll oder ob die Preissenkung als Bedingung für den Lohnabbau erklärt wird. Die Sozialdemokratie hat sich politisch unbedingt als Gegnerin einer Senkung des Reallohnes ebenso festgelegt wie einer wesentlichen Verschneidung des Tarifwesens. Wirtschaftlich steht im Vordergrund, daß man mit einer

schweren steuerlichen Neubelastung

rechnen muß; aber das eigentliche Ziel der Notverordnung ist die Balancierung der öffentlichen Haushalte auf direktem wie auf indirekten Wege über eine Bekämpfung der katastrophalen Preis- und Kostentriebe und des Sinkens der Kaufkraft.

Schnee. Solche Ruhe haben die „unantastbaren“ Friedensverträge geschaffen, zu deren Schutz sich jetzt Südslawien mit Polen verbinden will. Daß die Friedensverträge einen unliebsamen Zustand hervorgerufen haben, der sich in unglücklicher Weise auf das Wirtschaftsleben der Welt auswirkte, haben die Südslawen wenigstens bemerkt... Sie werden noch mehr dazu lernen.

Die kleine Entente ist ein Bündnis zur Abwehr der Habsburger-Wiederkehr nach Ungarn und Österreich. Nach dem österreichischen Heimwehrputsch hat ein ähnlicher in Ungarn mit Mißerfolg geendet; stets wurden diese aus eigener Machtfülle der Regierungen heraus bezwungen. Wie es scheint, haben es weder Österreich noch Ungarn mit der Wiedereinsetzung des Kaiserhauses eilig. Immerhin tut man in Warschau und in Prag so, als ob von dieser Seite eine Gefahr drohe und hat eine polnisch-tschechoslowakische Zusammenarbeit gegen den Versuch einer Änderung des heutigen Zustandes an der Weichsel oder an der Donau beschlossen.

Handel und Gewerbe vor Weihnachten.

Die Zurückhaltung der Käufer.

Die Wirtschaftslage hat sich nach den Berichten der Deutschen Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und Wirtschaftsverbänden nicht gebessert. Im Kohlenabsatz trat infolge der milden Witterung und der englischen Konkurrenz ein weiterer Rückgang ein. Die eisenverarbeitende Industrie konnten ihre Lage nicht verbessern. Das gleiche gilt für die elektrotechnische Industrie und die Schiffbauindustrie. Der Metallmarkt wies nur vorübergehend eine Belebung auf. Die Lage aller übrigen Wirtschaftszweige hat sich noch weiter verschlechtert. Eine Ausnahme macht nur die Leinenindustrie, die eine kleine Belebung aufwies. Der auswärtige Handel wurde durch die Fundamententwicklung und die Errichtung neuer Zollmauern besonders in England, sowie die Devisenschwierigkeiten, besonders in Österreich und Ungarn stark gehemmt.

Der Innenmarkt litt unter der dauernden Erörterung der Preissenkung, die naturgemäß zur Zurückhaltung seitens der Käufer führt. Die Monatsbilanz der Banken zeigte einen starken Rückgang des Kreditvolumens. Der Kreditorenbestand bei den Großbanken beträgt im Augenblick 7,5 Milliarden, das sind 32 Prozent weniger als im Vorjahre. Der Reichsbankstatus stand im Zeichen der starken Devisenentziehung. Im übrigen erfuhr die Zentralnotenbank eine starke Entlastung.

Bayern fordert Vollstreckungsschutz.

Für Grundstücke aller Art.

Wie die bayerische amtliche Pressestelle meldet, hat die bayerische Staatsregierung beschlossen, an die Reichsregierung das Ersuchen zu richten, entweder in der bevorstehenden Notverordnung selber oder gleichzeitig mit ihr durch eine besondere Notverordnung einen Vollstreckungsschutz

Heiligenstadt. Großfeuer auf dem Eichsfelde. In Dangelstedt wurden durch ein Großfeuer mehrere Gebäude vernichtet. Abgebrannt sind die Wirtschaftsgebäude des Bäckermeisters Strogny, das Wohnhaus von Alois Sander, Scheune und Ställe der Witwe Jßland, auch die Scheune und Wirtschaftsgebäude von Alois Fintel wurden eingeebnet. Das Vieh konnte gerettet werden. Die Brandursache ließ sich bisher noch nicht feststellen.

Verden. Der Trauerflor in der Landbundversammlung. Hier fand eine von zahlreichen Landwirten besuchte Versammlung statt, bei der die ganze Not der Landwirtschaft zur Sprache kam. Als Zeichen der Trauer um den Niedergang hatte man auf der Galerie des Saales die mit Trauerflor versehene Landbundflagge angebracht. Die Notlage fand in den Worten „Bauer, wach auf, es geht um das Ganze, es geht um Haus und Hof“ ihren Ausdruck. Eine Entschädigung, die die Landwirte versprochen, bei Notzangsverläufen kein Preisangebot abzugeben, fand einstimmige Annahme. Wer dieser durch eigenhändige Unterschrift zu beständige Verpflichtung verlegt, soll aus den Reihen der berufsständigen Organisation ausgeschlossen werden.

Barl. Anonymer Brieffschreiber verurteilt. Zu einer Gefängnisstrafe von 3 Wochen wurde der jugendliche Arbeiter Bernhard Fehners verurteilt, der im Laufe des Jahres auf offenen Postkarten und in Briefen mit der Unterschrift „Die schwarze Hand“ Frauen den Tod ihrer Männer androhte und ferner private Angelegenheiten in unflätiger Weise erörterte. Durch Schriftzeichen wurde der Täter festgestellt. Im Urteilspruch wurde auf die Gemeingefährlichkeit dieses Treibens hingewiesen.

Das Ende der Harzburger Vollblutucht.

Ausverkauf durch den Pächter. — Abgabe des Pferdebestandes.

Der Pächter des Harzburger Gestütes, Generaldirektor Wriedt-Bremen, beabsichtigt, den gesamten Pferdebestand seines Harzburger Rennstalles zu verkaufen. Es werden davon ein Deckhengst (Amelung), acht Muttertuten, 15 Rennpferde und vier Fohlen betroffen. Mit dem Verkauf dieser Pferde, die nach der Betriebseinstellung im Harzburger Gestüt zum Teil in Hoppegarten, zum anderen Teil auf dem Gestüt Staußenberg bei Seesen untergebracht waren, wird unter die Auflösung der altberühmten Harzburger Vollblutucht der Schlußstrich gezogen. Der Pächter Wriedt hat aus wirtschaftlichen Gründen an der Weiterführung des Harzburger Gestütes kein Interesse mehr und will aus diesem Grunde auch die Vollblutucht aufgeben. Die Tiere gelangen einzeln zum Verkauf, soweit genügende Preise dafür erzielt werden. Das Harzburger Gestüt, auf dem die Vollblutucht betrieben wurde, be-

findet sich im Besitz des ehemaligen Braunschweigischen Herzogshauses und war seit Kriegsende fortlaufend verpachtet. Das Pferdmaterial ist dagegen persönlicher Besitz der jeweiligen Pächter, zuletzt des Generaldirektors Wriedt von der „Nordsee-Hochseefischerei AG.“ in Bremen, gewesen. Was aus dem Gestüt selbst wird, steht noch nicht fest, da die Rechtslage über Aufhebung des Pächterverhältnisses zwischen Pächter und Verpächter noch der Klärung bedarf. Die Auflösung der Harzburger Vollblutucht bedeutet für Bad Harzburg ebenso sehr wie für die deutsche Pferdeucht einen schweren Verlust. Pferde aus der Harzburger Ucht haben seit langen Jahrzehnten auf den deutschen Rennplätzen gute Erfolge errungen und den Ruhm deutscher Vollblutucht zum Teil auch in das Ausland getragen.

Zuchtstallstrafe für Brandstiftung

Ein Jahrhundert alter Familienbesitz vernichtet.

Der Landwirt Heuer aus Alwe im Kreise Peine hatte sich vor dem Hildesheimer Schwurgericht zu verantworten wegen versuchter Brandstiftung in Tateinheit mit Versicherungsbetrug. Am 24. September d. J., dem Tage, an welchem der seit mehreren hundert Jahren in der Familie Heuer befindliche Besitz zwangsversteigert werden sollte, legte nach einem vergeblichen Versuch ein in der Scheune ausgebrochener Brand die gesamten Wirtschaftsgebäude in Asche. Der Gesamtbesitz mit Mobiliar und Inventar war bei der landwirtschaftlichen Brandkasse mit fast 140 000 RM. versichert, während auf dem Eigentum etwa 90 000 RM. Schulden lasteten. Unzweifelhafte Anzeichen ließen auf Brandstiftung schließen. Dazu kam, daß die eigenen Angehörigen wie auch das ganze Dorf den Angeklagten, der die Tat hartnäckig bestreitet, als Zuchtstallstrafe von zwei Jahren unter Anrechnung auf die Unterjuchungshaft und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre. Das Gericht führte aus, es sei überzeugt, daß nur der Angeklagte sein Haus vorsätzlich in Brand gesetzt habe. Er habe sich in einer überaus bedrückten wirtschaftlichen Lage befunden, so daß der Entschluß zur Brandstiftung wohl verständlich sei, um keinen anderen auf das Erbe zu lassen.

Börse und Handel

Amstliche Berliner Notierungen vom 5. Dezember.

* Devisenbörse. Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 13,96 bis 14,00; holl. Gulden 169,78—170,12; Danz. 82,02—82,18; franz. Franc 16,48—16,52; schweiz. 81,87—82,03; Belg. 58,39—58,51; Italien 21,48—21,52; schwed. Krone 77,17—77,33; dän. 77,17 bis 77,33; norweg. 76,67—76,83; tschech. 12,47—12,49; österr. Schilling 58,94—59,06; Argentinien 1,02—1,03; Spanien 35,06 bis 35,14.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 6. Dezember.

Dreier Raubüberfall auf eine Geschäftsinhaberin.

Köln. Auf die Inhaberin eines am Ursulaplatz gelegenen Zigarrengeschäftes wurde ein dreier Raubüberfall verübt. Zwei Männer baten, ihnen noch Zigaretten zu verkaufen. Im gleichen Augenblick hielt ihr einer der Männer einen Revolver vor und rief ihr zu: „Nuhig, oder ich schieße!“ Als die Frau trotzdem um Hilfe rief, wurde sie durch einen Schlag auf den Kopf betäubt. Die Räuber steckten ihr ein Taschentuch in den Mund und fesselten sie an Händen und Füßen. Die Verbrecher entwendeten aus dem Laden für etwa 1000 Mark Zigaretten und einen kleinen Stadtkoffer, in dem die Frau 130 Mark zum Mitnehmen nach Hause verpackt hatte.

Japanische Bombenflugzeuge erneut über Hailun.

Peking. Wie aus Mufden gemeldet wird, haben vier japanische Bombenflugzeuge Hailun überflogen und mehrere Bomben abgeworfen, wobei acht chinesische Soldaten getötet wurden. Ein japanisches Bombenflugzeug mußte 18 Kilometer östlich von Hailun infolge Benzinmangels notlanden und wurden von den Chinesen beschlagnahmt. Die Flieger wurden nach Hailun gebracht.

Brand in einem Zuge. — Drei Personen getötet.

Moskau. In der Nähe von Wolchowo (Gouvernement Nowgorod) brach in einem Zuge ein Brand aus; die Passagiere sprangen in voller Fahrt aus den Wagen, wobei von einem entgegenkommenden Zug drei Personen getötet wurden. Der Brand wurde bald gelöscht; acht Wagen sind vollkommen ausgebrannt.

Eine vierte Leiche im Grenzwald gefunden.

Amsterdam. Bei Posterholt, unweit von dem Grenzort Putbroek, wo am letzten Sonntag die Leichen dreier Leute gefunden wurden, wurde die Leiche eines jungen Mannes zutage gefördert, der bereits seit August dieses Jahres vermisst wurde. Ob der neue Leichenfund mit dem des Sonntags in irgendeiner Verbindung steht, muß sich erst herausstellen.

Gandhi in Paris.

Paris. Gandhi trat mit seinem Sohn, seiner Privatsekretärin und weiterer Begleitung auf dem Pariser Nordbahnhof ein, wo starke Polizeikräfte aufgebaut waren, um die große Menschenmenge zurückzubalten. Die gesamte indische Kolonie von Paris war vertreten und bereitete dem Mahatma einen begeisterten Empfang.

Englisch-französische Zollverhandlungen verschoben

England will freie Hand behalten.

In London verlautet, daß die Vertreter der französischen Regierung ihren Besuch wegen der Erklärungen Runcimans verschoben haben. Die Presse betont, daß England freie Hand für die Wirtschaftskonferenz des Weltreiches in Ottawa behalten müsse und daher vorläufig keine bindenden Verpflichtungen eingehen könne.

Schriftleitung: Wilhelm Dell, Halver i. Westf.

Weihnachten 1931.

Im Zeichen des billigen Buches!

Sensationelle Spitzenleistung d. deutsch. Buchhandels.

Billige, gut ausgestattete ungekürzte Sonder-Ausgaben erster Autoren.

Ammers-Küller,	Die Frauen d. Coornvelts	2,85 M.
Frank Thieb,	Die Verdammten	2,85 M.
Schnitzler,	Traum und Schicksal	2,85 M.
Hollaender,	Der Weg d. Thomas Truck	2,85 M.
Timmermanns	Palliativ	2,50 M.
Stefan Zweig,	Amok	2,50 M.
Ricarda Huch,	Der große Krieg	2,50 M.
Richard Voß,	Bergasyll	2,85 M.

Meisterromane von Ludwig Ganghofer

Die Martinsklause, die 2 Bände i. ein. Bande	2,85 M.
Schloß Hubertus,	2,85 M.
Das Schweigen im Walde, Roman	2,85 M.
Edelweiskönig, Hochlandsroman	2,85 M.
Der laufende Berg Hochlandsroman	2,85 M.

Knaurs Konversationslexikon 2,85 M.

Von A—Z in einem Bande, 35 000 Stichwörter, 26 000 Illustrationen im Text, 70 einfarbige und bunte Tafeln und geographische Karten. Zahlr. Übersichten. 115 statistische Schaubilder im Text. 944 Doppelspalt-Seiten.

Knaurs Welt-Atlas 2,85 M.

Vollständige neue Ausgabe 1932. 40 farbige Haupt- und Nebenkarten und 90 statistische und Spezialkarten, Diagramme und zahlreiche Tabellen mit ausführlichem geo-politischem Text und vollständige alphabetisch. Verzeichnis von über 20 000 geographischen Namen.

Zobeltitz,	Drei Mädchen am Spinnrad	2,40 M.
Lagerlöf,	Unsichtbare Bande	2,85 M.
Walter Bloem,	Wir werden ein Volk	2,40 M.
Galsworthy,	Der Patrizier	2,60 M.
Keller,	Heimat	2,85 M.
Keller,	Die Insel dnr Einsamen	2,85 M.
Keller,	Hubertus	2,85 M.
Keller,	Ferien vom Ich	2,85 M.
Hans Grimm,	Volk ohne Raum, bish. 25.-	8,50 M.

Sämtliche Bücher sind einzeln zu beziehen.

Buchhandlung Wilh. Beil jr., Halver i. W.

Nach auswärt. gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Porto oder gegen Nachnahme. Postschek-Konto Dortmund 2941.

Zu Weihnachten das schönste Geschenk Ihr Bild

Foto-Haus Herkenrath

Telefon 2112 Lüdenscheid, Corneliussstraße 1.

Bei Aufträgen v. 12 M. an Fahrtvergütung.

Sigung

der Gemeinde-Vereinsleitung

Schalksmühle

am Freitag, den 11. Dez. nachmittags 5 Uhr im Kaffeehaus Schulz in Schalksmühle.

Schalksmühle, d. 4. Dez. 1931.

Der Gemeinde-Vorsteher.

Für Magen- u. Zuckerkrankheiten

nur

Grahambrot

bei

Otto Meisterjahn,

Kierspe, Tel. 218.

Für die Hauswirtschaft!

la. Körnergröße a Pfd. 26

la. Buchweizenmehl „ 26

jämfl. Gewürze

zu niedr. Tagespreisen.

J. H. Enneper,

Halver, Fernruf 439

Futtermittel!

Empfehle und halte

auf Lager vorrätig:

Hammer Rapskuchen

Rapskucheneinmehl

Erdnussmehl

Sonjaschrot

Leinmehl

Palmkernschrot

Sohna 1 (Mischfutter)

Weizenkleie

Weizenachmehl

Steffensknittel

Melasseknittel

Geflügelfutter

(Deutsches Bundesfutter)

Grobes Kochsalz

Vieh Salz

E. Zimmermann,

Ohl-Mönchstr.,

Telefon Nr. 11 Rönnsahl.

Billig! Billig!

Taschenuhren und

Wecker 3 Mk.

Damenuhren mit

Ripsband echt

Gold 18.50 Mk.

Gold 18.50 Mk.

Garantie. Auf alle Uhren 1 Jahr

Garantie.

Trauringe echt

Gold St. 8 Mk.

Uhrmacher

Brüser, Bollwerk

Kaufe

jeden Posten

Weihnachtsbäume

W. Wortmann,

Elbringhausen bei Kierspe.

Ernst Küch jr.

Forstwirtschaftsgeschäft

Elbringhausen bei Kierspe

Fernspr. 667 Amt Meinerzhagen

Pflanzung u. Anpflanzung

von in eigenen Kul-

turen gepflanzten

Nadel- u. Laubbölzer

Prompte Bedienung

Billige Preise

Teilen Sie jetzt ein!

Vergessen Sie aber nicht, den weitaus größten Teil Ihrer Werbegelder für die Anzeigenwerbung bereitzustellen. In diesen Zeiten ist die Anzeige der beste Werbehelfer! Auf die Werbekraft der Anzeige verzichten heißt auf Umsätze verzichten! Eine gute Resonanz, gute Erfolge durch die Anzeige im

Allgem. Anzeig. Halver

mit seinen Nebenausgaben

für Schalksmühle u. Amt Kierspe.

Westdeutscher Rundfunk.

Dienstag, den 8. Dezember.

- 6,45—7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.
- 7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
- 7,05—8,00 Morgensonnt.
- 8,00 Wiederholung der Wettervorhersage, Zeitangabe und Wasserstandsmeldungen.
- 9,00—9,05 Übertragung des Geläutes von St. Gereon, Köln.
- 9,05—10,00 Katholische Morgenfeier. Leitung: Diözesanpräses Heinrichsbauer, Köln. Der Kammerchor und das Orchester des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Zimmermann. Hansen (Sopran), Mann (Alt), Breuer (Cembalo), Hilgers (Orgel).
- 10,00 Erste Meldungen, Zeitangabe und Wasserstandsmeldungen.
- 10,05—11,15 Mensch und Welt. Gemeinschafts-empfang für Arbeitslose.
- 10,10—10,35 auch über die Deutsche Welle, Berlin: Intermezzo: Schulfunk für Schüler aller Schulen vom 12. Lebensjahre an. Leitung: Wolf Dieter Meinardus. Mozart, zum Gedenken an seinen 140. Geburtstag. Eine Gedek- und Feiertunde. Der Kammerchor und das Orchester des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Zimmermann. Solisten: Hansen (Sopran), Heinrichs (Violine), Grape (Klavier).
- 11,20—11,40 Was will ich werden? Regierungs-rat Dr. Stets: Verufe für Abiturienten ohne Hochschulstudium.
- 12,00 Funtwerbung mit Schallplatten.
- 12,15—12,50 Schallplattenkonzert.
- 12,50 Wetterbericht.
- 12,55 Neuerer Zeitzeichen, Mittagsmeldungen und Zeitangabe.
- 13,05—14,30 Mittagskonzert, Leitung: Wolf.
- 15,30 Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
- 15,50—16,20 Kinderturnen. Ernst Werther (Am Flügel: Hans Hilgers).
- 16,20—16,30 Mitteilungen aus dem Schulfunk.
- 16,30—17,00 Aus dem Leben der höheren Schule. Die philosophische Vertiefung im englischen Unterricht. Oberlehrer Dr. Rauschenberger.
- 17,00—18,00 Vesperkonzert des Orchesters des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Kühn, Solist: Rhein (Violine). Zeitgenössische Tonseher (98).
- 18,00—18,20 Die Welt im Buch. Dr. Waldeemar Gurian: Französische Erzähler der Gegenwart. André Maurois: „Die Fabrik“. — Jacques de Lacretelles: „Kreuzweg der Erde“. — Jean Siono: „Ernte“. — E. F. Ramuz: „Die Schönheit auf Erden“. — Alfred Wolfenstein: „Hier schreibt Paris“.
- 18,20—18,40 Für den Landwirt. Tierzucht-direktor Dr. Pflaumbaum: Leistungs-zucht und Produktionsverbesserung.
- 18,40—19,00 Französische Unterhaltung. Lektor Le Bourgeois — Lektor Rogné.
- 19,00—19,15 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportvorbericht.
- 19,15—19,25 zehn Minuten Funtnachrichten.
- 19,30—19,55 Wirtschaft und Kultur. Universitätsprofessor Dr. Aulse: Geschichte und Probleme der Arbeitslosigkeit.
- 19,55 Erste Abendmeldungen.
- 20,00 Abendkonzert.
- Das kleine Orchester des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Benfiss. Solistin: Liselotte Mann (Mezzosopran).
- Intermezzo: Klassisches Lied und Ballade. Strienz (Sopran), Grape (Klavier).
- 22,00 Letzte Meldungen, Bericht über das gestrige Leben, Sportbericht. Funtsille.